

Handeln bestimmten¹⁾ und welcher Erfolg seinen Wünschen und Anträgen zuteil wurde. Was für die zustimmende oder ablehnende Haltung der Mitkurfürsten, unabhängig von der (bei S. mitgeteilten) Motivierung im Wahlkonvent, in Wahrheit richtungsgebend war, wird sich nur aus den eigenen Archivalien der mitbeteiligten Stände erschließen lassen; reiche Ausbeute versprechen übrigens auch hier die großenteils noch der Bearbeitung harrenden Gruppen „Mainzer Correspondenz“ und „Mainzer Wahl- und Krönungsakten“ des Haus-, Hof- und Staats-Archivs zu Wien.²⁾

Die Wahlkapitulationen bilden seit der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts das wichtigste äußere Merkmal der Wandlungen der deutschen Verfassung. In sicherer Erkenntnis dieser ihrer Bedeutung hat S. drei von ihnen zum erstenmal eingehend gewürdigt und insbesondere den Anteil des Staates nachgewiesen, der seit jener Zeit die unbestrittene Führerstellung in dem Kampfe zwischen „Imperialismus und reichsständischer Libertät“ einnahm. Gründlich in der Beobachtung, überzeugend in der Beweisführung, klar in der Darstellung ist seine Arbeit ein willkommener Beitrag zur deutschen Verfassungsgeschichte des 17. und 18. Jahrhunderts.

Hamburg.

Kurt Perels.

Dr. iur. Otto Peterka, Privatdozent für deutsches Recht und österr. Reichsgeschichte an der deutschen Universität in Prag, Das Gewerberecht Böhmens im 14. Jahrhundert, Wien und Leipzig 1909. 110 S.

Der Verfasser der schön geschriebenen Studie will das gewerbliche Rechtsleben Böhmens im 14. Jahrh. zur Zeit der Luxemburger darstellen. Er spricht zunächst von dem Erwerbe der Gewerbeberechtigung, wobei sich im allgemeinen das übliche Bild ergibt, nur auf eine Besonderheit des Koloniallandes besonders hinzuweisen ist. Bei der Ansiedelung mußte nämlich für die Ausübung gewisser notwendiger Gewerbe Sorge getragen werden. Es wurde daher auf dem Lande in der Regel das Richteramt mit den für das tägliche Leben nicht ent-

¹⁾ An einer Stelle (S. 105f.) bemerkt S., der Anlaß des brandenburgischen Antrages von 1741, die Reichsgerichte sollten in Polizei- und Kameralsachen keine Klagen annehmen, entziehe sich seiner und auch Mosers (Neues Staatsrecht I. 1 S. 614f.) Kenntnis; es sei „kaum denkbar, daß die größeren Reichsstände gerade auf diesem Gebiete Grund zu Klagen über Übergriffe gehabt haben könnten“. Hierzu ist zu bemerken, daß Mosers Äußerung sich auf einen Vorgang aus späterer Zeit (1764) bezieht und, daß im übrigen Brandenburg in der Tat Grund zu Beschwerden über Kompetenzanmaßungen namentlich des Reichshofrates zu haben glaubte. Dies hat Ref. (Appellationsprivilegien für Brandenburg-Preußen S. 81f.) an einem Beispiele gezeigt, das keineswegs das einzige und auch nicht das zeitlich letzte seiner Art ist. — ²⁾ Hier dürfte auch die Entscheidung der S. 56 Anm. 1 offen gelassenen Frage zu finden sein.

behrlichen Gewerben und deren Erträgnissen ausgestattet. So wurde ein Bedürfnis der Gemeinde befriedigt und eine Einnahmequelle für den Richter geschaffen. Auf diese Weise wurden besonders die Mühle, die Taberna, zuweilen das Bad oder die Braustätte als eine Art von Realgewerben dem Richter überwiesen. Des weiteren wird das Recht der Gewerbeberechtigung, der Betriebsstätte und der gewerblichen Hilfsarbeiter, das Recht der Gewerbeverwaltung dargestellt, soweit sie in den Händen der gewerblichen Verbände, des Königtums oder der Städte liegt. Im ganzen bestätigt die Untersuchung dieses Zeitraums und dieser besonderen Landschaft das Bild, wie es ebenso für den Norden und Südwesten Deutschlands gezeichnet werden kann. Vielleicht möchte man nur hier und dort wünschen, daß der Verfasser, weniger zum Beweis als zur Erläuterung, noch mehr Belegstellen für die einzelnen Institute angeführt hätte. Denn derartige Einzeluntersuchungen haben doch entweder die Bedeutung, daß an einem einzelnen Rechte der Charakter eines Rechtsinstituts als solchen aufgezeigt wird, oder aber, sofern der Begriff, Charakter eines solchen Rechtsinstituts schon feststeht, daß dieses Bild durch die Untersuchung eines partikularen Rechtes vervollständigt und bestätigt wird. In diesem Falle hat den Nachweis, daß ein Rechtssatz an einer Reihe von Stellen sich findet, eine gewissermaßen statistische Bedeutung.

Vielleicht darf man den Wunsch äußern, der Verfasser, der sich hier auf die Quellen des 14. Jahrh. beschränkt hat, möchte seine Studien auf die vorhergehende oder die nachfolgende Zeit ausdehnen, denn erst dann wird man den Zusammenhang, in dem das bis jetzt dargestellte Recht zur Entwicklung des mittelalterlichen Gewerberechts vor allem nach der publizistischen Seite steht, erkennen, und wird die Einsicht in diese Rechtsordnung sich vertiefen. Es ist ja zweifellos, daß die Erforschung der gewerblichen Rechtsverhältnisse vor dem 14. Jahrh. mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, aber gerade deshalb wäre es m. E. ein um so größeres Verdienst, dem Problem näher zu treten. Sicher wäre der Verfasser, der durch gediegene rechtshistorische Arbeiten bereits bekannt ist, hierzu besonders berufen. Der Abhandlung sind in einem Anhang (S. 91—110) einige bisher nur schwer zugängliche oder überhaupt noch nicht gedruckte gewerberechtliche Urkunden beigelegt. Ihr Inhalt ergänzt zweckmäßig die bisher bekannten, besonders partikularrechtlichen Quellen, bietet aber gegenüber dem bereits gedruckten Materiale nicht viel wesentlich Neues.

München.

Karl Rothenbücher.